

# Linke stimmt Hanf-Debatte an

Nach dem wuchtigen Nein des Stimmvolks zur Cannabis-Legalisierung im Jahr 2008 haben sich die Befürworter wieder aufgerappelt. Sie arbeiten nun in kleinen Schritten an ihrem Ziel.

MARINA WINDER

**BERN.** Das Abstimmungsergebnis war deutlich: 63 Prozent der Stimmbevölkerung haben vor sechs Jahren die Legalisierung von Cannabis abgelehnt. Gar nicht glücklich mit diesem Ergebnis waren vor allem die grösseren Städte. Sie haben in der Zwischenzeit die Initiative ergriffen und planen Projekte zur staatlich kontrollierten Hanf-Abgabe. Vorgeprescht sind Genf, Zürich, Basel, Winterthur und Bern. Dort wollen Initianten sogenannte Social Clubs eröffnen, in denen Erwachsene staatlich kontrolliert Cannabis kaufen und rauchen können. In den Städten hofft man, auf diese Art den Schwarzmarkt für Cannabis eindämmen zu können.

## Impuls aus Städten

«Jetzt muss man sich ja zwangsläufig in die Drogenszene begeben, um an Cannabis zu kommen», sagt die St. Galler Nationalrätin Barbara Gysi (SP). Sie nimmt deshalb den Impuls aus den Städten auf und will in Bundesbern die Hanf-Debatte wieder anstossen. In diesen Tagen hat sie einen Vorstoss eingereicht, der vom Bund eine akti-

vere Rolle verlangt. Der Bundesrat soll die Projekte in den Kantonen und Städten mitverfolgen und Bericht erstatten über die nationalen und internationalen Entwicklungen.

Immerhin, so sagt Gysi, habe man mit der Einführung des Ordnungsbussenmodells im vergangenen Herbst einen etwas unverkrampfteren Umgang mit Cannabis gefunden. Seither ist in der Schweiz der Besitz und Konsum kleinster Mengen straffrei. «Das war ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung. Der Erwerb dieser Kleinstmengen passiert aber nach wie vor unkontrolliert im Drogenmilieu», sagt Gysi. Die staatlich kontrollierte Abgabe sei deshalb der nächste wichtige Schritt. Mit den Einnahmen aus einer Can-

nabis-Steuer sollen die Bekämpfung des Drogenhandels, die Sicherstellung der Qualität und die Prävention finanziell unterstützt werden. Bis 2017 erwartet Gysi vom Bundesrat einen Bericht über die Pilotversuche mit Empfehlungen für das weitere Vorgehen. Ausser von der SVP, die sich strikt gegen eine Lockerung des Betäubungsmittelgesetzes sperrt, hat Gysi Unterstützung aus allen Parteien signalisiert bekommen. Eine kontrollierte Abgabe sei keine Legalisierung, sagt sie an die Adresse jener, die sich nach 2008 einer erneuten Hanf-Debatte verschliessen.

## Dreiteilige Offensive

Gysi belässt es aber nicht bei ihrem Vorstoss in Bundesbern. Sie will die Debatte auf verschie-

denen Ebenen vorantreiben. So hat sie sich mit dem St. Galler Stadtparlamentarier Etrit Hasler abgesprochen. Dieser will im Juli den Stadtrat anfragen, ob auch in St. Gallen Interesse an einem Pilotprojekt für eine kontrollierte Cannabis-Abgabe bestehe.

## Dämpfer vom Bundesamt

Solche Projekte benötigen die Bewilligung des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). Bislang ist von dort keine Unterstützung zu erwarten: «Bis jetzt ist noch aus keiner Stadt ein Gesuch bei uns eingegangen. Nach unserem bisherigen Kenntnisstand sind die Projekte aber nicht mit dem Betäubungsmittelgesetz vereinbar», sagt Mona Neidhart vom BAG. Weder Gysi noch Hasler lassen sich davon entmutigen. «Wir haben auch Einschätzungen von Rechtsexperten, die zu einem anderen Schluss kommen», sagt Gysi. Und noch eine dritte Offensive kommt aus St. Gallen: Die Stiftung für Suchthilfe propagiert die Abgabe von Cannabis zu medizinischen Zwecken. «Das ist das Minimum, das wir erreichen wollen», sagt Geschäftsführer Jürg Niggli. Das Projekt harze aber. Er zeigt sich deshalb froh über die politischen Vorstösse.



Bild: ky

**Barbara Gysi**  
Nationalrätin (SP/SG)



Bild: Regina Kühne

**Etrit Hasler**  
Stadtparlamentarier (SP/SG)